

1. Bezeichnung der Verarbeitungstätigkeit

Datenschutzhinweise im Zusammenhang mit der kommunalen Abfallentsorgung/Abfallwirtschaft im Landkreis Landshut

2. Verantwortlichkeit für die Datenerhebung

Landratsamt Landshut
Veldener Straße 15
84036 Landshut
Tel.: 0871/408-0
Fax.: 0871/408-1001
E-Mail: poststelle@landkreis-landshut.de

3. Kontaktdaten des Behördlichen Datenschutzbeauftragten

Datenschutzbeauftragter des Landratsamtes Landshut
Veldener Straße 15
84036 Landshut
Tel.: 0871/408-2146
E-Mail: datenschutz@landkreis-landshut.de

4. Zweck und Rechtsgrundlage der Verarbeitung

Zwecke der Verarbeitung:

Ihre Daten werden zu folgenden Zwecken erhoben:

- Abfallgebührenabrechnung
- Abfallbehälterverwaltung
- Wiegedatenverwaltung
- Anordnungswesen
- Buchhaltung u. Kasse
- Forderungsmanagement
- Zahlungsverkehr
- Jahresabschlüsse
- Zuschussanträge
- Vollstreckung

Rechtsgrundlage der Verarbeitung:

Art. 6 Abs. 1 DSGVO, Art. 4 BayDSG i.V.m. Art. 3 Abs. 2 und Art. 7 Abs. 1 Bayerisches Abfallwirtschaftsgesetz (BayAbfG),

- §§ 82, 89, 90, 95, 96 Insolvenzordnung (InsO)
- Art. 18 Abs. 1 Nr. 1 u. 2 und Abs. 2 Landkreisordnung (LkrO)
- Abfallwirtschaftssatzung mit Gebührensatzung für die öffentliche Abfallentsorgung des Landkreises Landshut
- Deponiebenutzungssatzung mit Gebührensatzung zur Deponiebenutzungssatzung der Reststoffdeponie Spitzlberg des Landkreises Landshut
- Benutzungssatzung mit Gebührensatzung zur Benutzungssatzung der Bauschuttannahmestellen Geisenhausen und Inkofen des Landkreises Landshut

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden weitergegeben an:

- Kreiskasse des Landratsamtes Landshut
- Beauftragte Entsorgungsunternehmen
- Auftragsverarbeiter
- Banken und Sparkassen
- Finanzamt
- Vollstreckungsbehörde
- Amtsgericht

6. Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland

Ihre personenbezogenen Daten werden nicht an ein Drittland übermittelt.

7. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten:

Ihre Daten werden nach der Erhebung beim Landratsamt Landshut solange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen gemäß § 27 der Allgemeinen Geschäftsordnung (AGO) mit Geschäfts- und Dienstordnung für das Landratsamt Landshut, Art. 6 Abs. 1 Bayerisches Archivgesetz (BayArchivG) sowie dem Einheitsaktenplan für die Bayerischen Gemeinden und Landratsämter mit Verzeichnis der Aufbewahrungsfristen für die jeweilige Aufgabenerfüllung erforderlich ist.

8. Betroffenenrechte:

Nach der Datenschutzgrundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

- Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht, Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO).
- Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO).
- Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO).
- Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO).
- Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.
- Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz.

9. Pflicht zur Bereitstellung von Daten:

Sie sind dazu verpflichtet, Ihre Daten anzugeben. Diese Verpflichtung ergibt sich aus Art. 7 Abs. 1 Bayerisches Abfallgesetz i.V.m. § 6 der Satzung über die Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen im Landkreis Landshut, sowie Art. 7 Abs. 2 BayAbfG i.V.m. Art. 2, Art. 8, Art. 13 Abs. 1 Ziff. 3 Buchst. ccc Bayerisches Kommunalabgabengesetz (KAG). Wenn Sie die erforderlichen personenbezogenen Daten nicht oder nur unvollständig angeben, kann eine ordnungsgemäße Bearbeitung Ihres Anliegens nicht gewährleistet werden.

10. Widerrufsrecht bei Einwilligung

Wenn Sie in die Datenerhebung durch den Verantwortlichen (siehe 2. Verantwortlichkeit für die Datenerhebung) durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.